

# Parteiaktiv - Ende langen Schweigens

## Es geht ums Ganze - um uns

von Prof. Dr. sc. Klaus Rendgen, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung der KMU

Am 21. Oktober 1989 fand an unserer Universität ein Kreisparteiaktiv der Universitätsparteiorganisation statt. Auf diesem Aktiv wurde der Wunsch geäußert, das dort vom 1. Sekretär der SED-Kreisleitung vorzutragende Referat zu veröffentlichen. Was wir hiermit tun.

Dieses Kreisparteiaktiv wurde einberufen, weil es höchste Zeit ist für eine gemeinsame Verständigung über unsere gemeinsamen Aufgaben.

In dem ersten Abschnitt des Referats möchte ich die Kreisparteiaktivsituation bekanntmachen mit dem Ausgang aus dem Referat des Sekretärs, das heißt morgen Genosse Werner Fuchs vor der Kreisleitung vorgetragen hat und worin er sich vor allem mit einer selbstkritischen Einschätzung der bisherigen Arbeit des Sekretariats beschäftigt hat. Wir meinen, daß dies die Kreisparteiaktivsituation wissen und erfahren muß und daß dies auch zur Lauterkeit gegenüber dem Genossen gehört, der die bisherige Arbeit geleistet und geleistet hat.

Zu dem Text des Referats: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir befinden uns gegenwärtig bezogen auf unsere gesellschaftliche Entwicklung in einer krisenhaften Lage. Die Veränderungen in der Welt des Sozialismus führen zu dem Schluß, daß sich der Sozialismus in der Defensive befindet. Dazu kommt, daß unsere Partei als Ganzes - und das trifft auch auf unsere Kreisparteiorganisation zu - in den letzten Wochen nur bedingt handlungsfähig war. Die lange Zeit des Schweigens zur Lage im Lande, die Sprachlosigkeit der Parteiführung und aller nachgeordneten Leitungen bis zu uns, dem Sekretariat der SED-Kreisleitung, gegenüber dem Volk, unseren Universitätsangehörigen und besonders gegenüber unseren Genossen hat zu einem großen Vertrauensschwund der Genossen zu den gewählten Leitungen der Partei bis hin zum Politbüro und gleichermaßen seitens der Mitarbeiter und Studenten in der Partei als Ganzes geführt. Wenn wir zurückdenken müssen wir feststellen, daß wohl keiner von uns bisher in einer solchen komplizierten Lage war wie der jetzigen. Deshalb sind die Ursachen schonungslos zu analysieren, wie es dazu kommen konnte, ist zu erarbeiten, wie wir aus dieser Situation herauskommen. Uns muß bewußt werden, es geht nicht um einige kosmetische Korrekturen, sondern es geht ums Ganze, um den Sozialismus. Dazu ist eine Wende grundlegender Art erforderlich, ist es erforderlich, nicht wie bisher den Führungsanspruch der Partei der Arbeiterklasse zu postulieren. Durch die Arbeit der Partei, durch das einheitliche und geschlossene Wirken der Parteikollektive und ihrer Leitungen sowie jedes Genossen ist der Nachweis zu erbringen, daß die Partei in der Tat die Partei der Neuerung ist. Das schließt natürlich auch Entscheidungen von Kadernfragen auf allen Ebenen ein.

Wir befinden uns gegenwärtig bezogen auf unsere gesellschaftliche Entwicklung in einer krisenhaften Lage. Die Veränderungen in der Welt des Sozialismus führen zu dem Schluß, daß sich der Sozialismus in der Defensive befindet. Dazu kommt, daß unsere Partei als Ganzes - und das trifft auch auf unsere Kreisparteiorganisation zu - in den letzten Wochen nur bedingt handlungsfähig war.

Das heutige Parteiaktiv soll dazu beitragen, ausgehend von der Diskussion zur 9. Kreisleitungsitzung, Ursachen zu bezeichnen für die entstandene Lage in unserer Kreisparteiorganisation, deutlicher die Notwendigkeit der Wende und ihre Wege dazu nach der 9. Tagung des ZK zu erstreiten und uns den Weg zu ebnen, die Offensive im politischen Wirken der Partei wiederzuerlangen. Es geht darum, alles zu tun, damit die begonnene Wende unumkehrbar wird, sich die gemachten Fehler nicht wiederholen und vorerstes Vertrauen schrittweise zurückzugewinnen wird. Wir sind uns darüber im klaren, daß mit unserer Diskussionsgrundlage noch nicht alle Seiten und Bedingungen tiefgründig genug erfaßt werden.

Wir alle erleben, daß der im Gefolge der 9. Tagung des ZK der SED endlich in Gang gesetzte Dialog in unserem Lande sowie an

unserer Universität, namentlich in den Parteikollektiven, ein ermutigender Anfang ist. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß seit langem in der Partei vorgebrachte kritische Meinungen, warnende Stimmen und konstruktive Vorschläge, auch Lageeinschätzungen ungehört geblieben, ja was noch viel schlimmer ist, zurückgedrängt wurden und nicht selten als parteischädigend eingestuft wurden. Für viele Genossen ist es bedrückend, daß erst die Straßendemonstrationen die Zuspitzung der Lage um den 7. Oktober herum zur Einleitung von Konsequenzen führte und nicht das Drängen unserer Genossen, ihr politisches und geistiges Potential. Wir haben es nicht verstanden, den Erneuerungsprozeß durch die Partei rechtzeitig zu initiieren. Groß ist das Bedürfnis unserer Genossen in den Parteikollektiven, aus tiefer Sorge um den Zustand der Partei, auch unserer Kreisparteiorganisation, sich zu Wort zu melden. Beratungen in den Mitgliederversammlungen und in deren Ergebnis angenommene Beschlüsse, Standpunkte, Briefe sowie eine große Zahl persönlicher Stellungnahmen setzen sich kritisch mit der entstandenen Lage auseinander, suchen nach den Ursachen, artikulieren Forderungen nach Veränderungen und erklären zugleich die Bereitschaft zur Mitarbeit und den festen Willen, ausgerüstet mit klaren Orientierungen, sich an die Spitze des Kampfes für notwendige Veränderungen und Erneuerungen zu stellen.

Völlig zurecht steht die Forderung, daß die erfolgreiche Erneuerung in allen Bereichen unserer Gesellschaft zuerst und vor allem die Erneuerung der Arbeit der Partei, des Parteilebens braucht. Dieser Prozeß muß sich mit Notwendigkeit auf allen Ebenen der Partei vollziehen. Die Genossen unserer Kreisparteiorganisation erwarten vom ZK und seinem Politbüro die Antwort darauf, warum die im Statut unserer Partei gesetzten Normen durch die praktizierte Arbeitsweise des ZK und seines Politbüros nicht eingehalten wurden, warum die entstandene Lage nicht rechtzeitig analysiert und mit der Partei die erforderliche Wende eingeleitet wurde. In gleicher Weise sind wir, die SED-KI und ihr Sekretariat, in die Pflicht genommen. Wir fühlen uns, und hier sprechen wir vor allem vom Sekretariat der Kreisleitung, zutiefst verpflichtet, uns selbst in die kritische Sicht zu nehmen, wie kein Genosse sich aus dieser Sicht für seinen Verantwortungsbereich herausnehmen kann. Eine unserer ersten und wichtigsten Schlussfolgerungen muß sich auf Inhalt und Arbeitsweise der Kreisleitung und des Sekretariats selbst beziehen. Die Ereignisse der letzten Monate, Wochen und Tage haben uns äußerst nachdrücklich und drastisch auf Führungsfragen aufmerksam gemacht, die schon einen längeren Zeitraum betreffen. Diese haben wir selbst, auch mit Hilfe der Kreisleitung und der Parteikollektiven zu analysieren und Schlussfolgerungen zu ziehen. Das bedeutet, Schlussfolgerungen festzulegen, die die Autorität der gewählten Kreisleitung die Bodenständigkeit des Kreisparteiaktivs zu erhöhen. Das bedeutet, Schlussfolgerungen zu ziehen, die es nicht mehr zulassen, daß Hinweise und Kritiken unserer Funktionäre und aller Genossen weitgehend unbeachtet bleiben bzw. nicht mit der entsprechenden Verantwortung und auch mit Mut an die zuständigen übergeordneten Leitungen weitergeleitet werden. Und es muß die Schlussfolgerung gezogen werden, daß ein stetes Warten auf Orientierungen und Aktivitäten „von oben“ unserer Arbeit abträglich ist, ihr schadet und das große geistige und kämpferische Potential unserer 6000 Mitglieder und Kandidaten der Kreisparteiorganisation in keiner Weise zur Wirkung zu bringen hilft.

Genossen, wir müssen realistisch einschätzen, daß die in unserer Kreisparteiorganisation bisher eingeleiteten Schritte zur Erneuerung der Partei noch nicht ausreichend sind, um den Anspruch auf die Führung durch die Partei und das Vertrauen in die Partei wiederzuerlangen. Eine offene und selbstkritische Diskussion darüber, warum die Partei ihre Führungskraft verloren hat, welche Mechanismen in der Partei dazu geführt haben, ist die grundlegende Voraussetzung dafür, gemachte Fehler

künftig nicht wieder zuzulassen, ist Voraussetzung dafür. Neues und Richtiges erfolgreich zu verwirklichen. Dabei müssen wir uns von der Lösung, die zugleich unsere Praxis war, trennen, Fehler im Vorwärtsschreiten zu überwinden. Der Versuch, vorwärts zu schreiben, war mit soviel nicht geklärten Fehlern

### Vorschlagskommission der SED-Kreisleitung der KMU

Das Sekretariat der SED-Kreisleitung hält es für erforderlich, die aus den Diskussionen in den Partei-, Arbeits- und Studienkollektiven erwachsenden Vorschläge, Ideen, Hinweise und Kritiken zu erfassen und gründlich auszuwerten. Die unterbreiteten Anregungen müssen Eingang finden in die Neugestaltung der Parteiarbeit, in die Tätigkeit an der Universität, im Territorium unserer Stadt und des Bezirkes sowie in die leitenden Organe der Partei, des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen. Sie müssen Berücksichtigung finden in der Arbeit der Arbeitsgruppen des Zentralkomitees zur Vorbereitung des XII. Parteitag. Wir rufen alle Mitglieder und Kandidaten der Kreisparteiorganisation, alle Mitarbeiter und Studenten der Karl-Marx-Universität auf, ihre Meinungen und Vorschläge dazu an die Vorschlagskommission der SED-Kreisleitung der KMU Karl-Marx-Platz 9/10 Leipzig 7010 (Postfach 9 der KMU) zu richten. Zu Fragen der Weiterentwicklung der Universität wird ein analoges Gremium unter Verantwortung des Rektors gebildet.

### Brief der Parteiorganisation der KMU an das ZK der SED

Im Auftrag von mehr als 5000 Genossen haben die Parteikollektiven der Karl-Marx-Universität über ihre Verantwortung und ihren Beitrag beraten, um unsere Partei und unser Land aus der politischen Krise herauszuführen und wie sie die Zeit bis zur 10. Tagung nutzen werden, um die in Angriff genommene Wende in der Politik unserer Partei zu unterstützen und sie unumkehrbar zu machen.

Voller Hochachtung erklären wir unsere kämpferische Solidarität mit verantwortlichen Parteiarbeitern, wie Genossen Hans Modrow, Günter Schabowski und Roland Wölkel, die durch ihren persönlichen Einsatz in den zurückliegenden Wochen mutig die Erneuerung unserer Partei und unserer Gesellschaft vorbereitet und in Gang setzen halfen und sie durch ihr entschlossenes Handeln verteidigten und voranbrachten. Wir fordern zugleich, Genossen wie Kurt Hager, Horst Dohls und Willi Stoph aus leitenden Positionen zu entfernen, weil ihr Verhalten nicht erkennen läßt, daß sie durch die Erneuerung der Partei die entscheidende Voraussetzung für die Erneuerung unserer Gesellschaft schaffen wollen.

In diesem Zusammenhang betrachten wir es als besonders wichtig, die Leninschen Normen des Parteilebens vollständig in der Arbeitsweise der Partei auf allen Ebenen durchzusetzen. Damit der XII. Parteitag eine grundlegende strategische Neugestaltung bringen und beschließen kann, fordern wir, entsprechend Punkt 47 des Statuts, eine Parteikonferenz einzuberufen, mit der insbesondere die inhaltlichen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung des Parteitages geschaffen werden können. Die Wahl der Delegierten für diese solche Parteikonferenz sollte direkt durch die entsprechende Parteiorganisation erfolgen. Wir erwarten, daß auf der 10. Tagung des ZK eine eindeutige Aussage darüber getroffen wird, wie viele Parteimitglieder die Durchführung einer Parteikonferenz fordern sowie die Verabschiedung eines Beschlusses, wie sich das ZK dieser Forderung stellt. In Angriff zu nehmen ist eine gründliche Überarbeitung der Wahlordnung, damit sie den Anforderungen der tiefgreifenden Umgestaltung gerecht wird. Wir

sprechen uns auch dafür aus, die Ausübung von hauptamtlichen Wahlfunktionen auf die Dauer von zwei Wahlperioden zu begrenzen. In das Statut sind Festlegungen aufzunehmen, die helfen, den Kurs der Erneuerung der Partei unumkehrbar zu machen. Wir treten dafür ein, das große politische und geistige Potential für die Wiedererlangung und die inhaltliche Ausfüllung der führenden Rolle der Partei einzusetzen. Insbesondere unsere Gesellschaftswissenschaftler werden ihre laufenden Forschungsprojekte unter dem Gesichtspunkt prüfen, inwieweit deren Realisierung dazu beiträgt, den Prozeß der Erneuerung zu stärken. Wir erwarten, daß die Kommissionen und Arbeitsgruppen des ZK, die zur Vorbereitung des XII. Parteitages berufen worden sind, öffentlich bekannt zu machen sind, Sie sollten gezielt Beiträge, Expertisen, Studien von unseren Forschungskollektiven abfordern bzw. ihnen die Möglichkeit geben, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Tätigkeit der Arbeitsgruppen einzubringen. Wir sehen es als eine vorrangige Aufgabe an, durch wissenschaftliche Lösungen dazu beizutragen, daß sich die Arbeiterklasse unseres Landes wieder als politisch herrschende Klasse bezeichnen kann. Dringlich erforderlich ist die Beachtung der sozialen Stellung der Intelligenz und die Gewährleistung solcher Arbeits- und Lebensbedingungen, die ihrer Verantwortung für die Erarbeitung und Verwirklichung einer erneuerten Gesellschaftsstrategie angemessen sind. Schaefflens sind Hemmnisse, die ohne materiellen Aufwand beseitigt werden können, wie die Reisekaderbestimmung und bürokratische Beschränkungen, aufzuheben. Wir erwarten vom Zentralkomitee, daß seine 10. Tagung vor allem hilft, die weitere ideologische Formierung unserer Partei zu beschleunigen. Die Parteimitglieder der Karl-Marx-Universität stehen zu ihrer Verantwortung, als Kommunisten durch ernsthafte schöpferische Arbeit ihren Beitrag für einen attraktiven, die Menschen ansprechenden Sozialismus in unserem Land zu leisten.

Für das Parteiaktiv der Karl-Marx-Universität Prof. Dr. sc. KLAUS RENDGEN, 1. Sekretär

tischen Zentralismus einseitig und damit falsch zur Wirkung gebracht zu haben. Er funktionierte nur einseitig von oben nach unten als Zentralismus, war eine Einbahnstraße, vor allem auf die Disziplinierung der Genossen gerichtet, ohne Wenn und Aber die Beschlüsse der Partei zu erfüllen. Dadurch entstand Mißtrauen gegenüber Genossen, die neu oder anders, manchmal auch quer dachten, also zu den kritischen Köpfen gehörten. Die Einschätzung, daß es sich um parteifremdes oder parteischädigendes Verhalten handele, war schnell zur Hand. Politische Wachsamkeit im Sinne der Erhaltung der ideologischen Einheit und organisatorischen Geschlossenheit der Partei wurden überbetont, statt gründlich das Wesen der vorgebrachten Meinungen und Standpunkte auszuloten und an Meinungsstreit auf ihre Tragfähigkeit zu prüfen. Wir müssen es wieder lernen, die Motive, Zusammenhänge zu erkennen und für die Ausgestaltung der innerparteilichen Demokratie fruchtbar zu machen.

In diesem Zusammenhang erwächst unserer KPKK die Aufgabe, alles ihr Mögliche zu tun, um Vertrauen zurückzugewinnen, damit die Einheit, Reinheit und Geschlossenheit wieder hergestellt wird. Selbstkritisch sehen wir, daß einige Entscheidungen, vor allem der letzten zwei Jahre, den Klärungsprozeß in der Kreisparteiorganisation behindert haben. Entsprechend dem Statut unserer Partei sind die Genossen der KPKK bereits darangehen, unverzüglich Standpunkte und Anträge zur Wiederaufnahme einzelner Verfahren gemeinsam mit den zuständigen GO und APO zu bearbeiten und gegebenenfalls gemeinsam mit übergeordneten Leitungen zu entscheiden. Um es hier klar anzumerken, die Parteiverfahren der letzten zwei Monate sind von heftigen politischen Positionen aus zu überprüfen, ob Genossen politisches Unrecht angeht wurde. Wo das der Fall ist, ist dies wiederzugutmachen. Wir suchen nach Wegen, den Vorschlag der Genossin Ilse Lauter von der GO ZLO, APO Forschung u. a. zu verwirklichen, die Arbeit der KPKK einem breiteren Kreis von Genossen zugänglich zu machen, um so die parteiliche Wirksamkeit zu erhöhen.

Die Überbetonung des Zentralismus und der damit verbundene Vertrauensschwund hat dazu geführt, daß sich in den Parteikollektiven große Defizite bei der Entwicklung einer marxistischen Streit- und Denkkultur ausgebildet haben. Auf der Kreisleitungssitzung wurde während der offenen, kritischen und selbstkritischen sowie konstruktiven Diskussion zur Auffindung der Ursachen für die entstandene Lage klar herausgearbeitet, daß es falsch wäre, von einer Kollektivschuld der Partei an der entstandenen Lage zu sprechen. Denn viele Genossen haben mit ihren Mitteln auf Fehlentwicklungen aufmerksam gemacht und mit ihrem Willen und Veränderungen gekämpft. Doch versicherten ihre Bemühungen mangels gründlicher Verstärkung und Unterstützung durch das Sekretariat. Genossen, wir erinnern uns noch alle der Situation in unserer Kreisparteiorganisation und insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen, die nach der Streichung des „Sputnik“ von der Postzeitungsliste entstanden war. Diesen Schritt zu rechtfertigen, auch unter Zuhilfenahme des Statuts, erwies sich als falsch, um die in diesem Zusammenhang aufgekommene inhaltliche Diskussion aus der Welt zu schaffen. Uns wurde Führungsschwäche nachgewiesen, mit dem Bezirksparteiaktiv wurde, wie sich zeigte, eine formale Disziplinierung erreicht. Die echten, bereits von vielen Genossen vorgebrachten Besorgnisse wurden übergangen, statt sie auf ihr Wesen hin zu ergründen und sie mit großem Nachdruck den übergeordneten Leitungen zu unterbreiten, wurden sie zugedeckt. Damit haben sich die Probleme nur weiter aufgestaut und wirken heute nach. Wir hatten eine innerparteiliche Demokratie praktiziert, die vieles an kritischem und konstruktivem Potential zu nutzen, nicht mehr zuließ. Wir sagen es offen, auch das Sekretariat hatte nicht genug Zivilcourage, von uns als richtig Erkannenes überzeugend und nachdrücklich übergeordneten Leitungen zu

übergeben. Als Grund kann dafür stehen, in dem Bewußtsein gehandelt zu haben, daß Beschlüsse übergeordneter Leitungen der Partei verbindlich sind.

Genossen, die Einheit und Geschlossenheit der Reihen unserer Partei ist unabdingbar. Gerade heute ist der Schulterschluß mehr denn je gefragt, weil wir gegenwärtig keine durchgehende Einheit und Geschlossenheit unserer Partei an unserer Universität und wohl auch darüber hinaus haben. Ohne einer zu erwartenden Einschätzung durch die 10. Tagung des ZK der SED vorzugreifen, sehen wir einen wichtigen Grund darin, daß der Grundsatz des Parteilatus, in und vor der Partei sind alle Genossen gleich, haben die gleichen Rechte und Pflichten, verletzt wurde. Wenn dagegen verstößen wurde, dann ist damit nicht automatisch dieser Passus des Statuts falsch, er muß nur für alle verbindlich in Anwendung gebracht werden. Deshalb erwarten wir auch die erforderliche Positionierung der Parteiführung, die Stellungnahme zu den Ursachen für die Fehler, so wie wir uns bemühen, zu den Ursachen für unsere Fehler in der Arbeit zuzurufen. Für uns können wir sagen, daß das ein schmerzlicher Prozeß ist. Die Meinung und Handlungsweise über Nacht, ohne die für jeden sichtbare schwere Selbsterkenntnis, zu ändern, führt zu Zweifeln und Mißtrauen, ob der Befragte es ehrlich meint. Wir nehmen die Position ein, es muß jeder bei sich selbst beginnen, auf neue Weise zu arbeiten und zu handeln. Hier zeigt sich, ob die Fähigkeit zur Erneuerung gegeben ist oder nicht, ob Vertrauen wachsen und sich festigen kann.

Genossen, wir müssen realistisch einschätzen, daß die in unserer Kreisparteiorganisation bisher eingeleiteten Schritte zur Erneuerung der Partei noch nicht ausreichend sind, um den Anspruch auf die Führung durch die Partei und das Vertrauen in die Partei wiederzuerlangen.

Liebe Genossen, der Umgang miteinander in der Partei, das gestörte Verhältnis zwischen den Leitungen und den Mitgliedern, die unzureichende Durchschlagkraft von unten nach oben hat insbesondere bei den jüngeren Genossen bereits tiefe Zweifel in die Kraft der Partei aufkommen lassen und andererseits wird ihr stürmischer Drang nach Veränderungen sichtbar. Das ist begleitet von großer Ungeduld und dem natürlichen Unmut der Jugend. Nicht selten entstand der Eindruck, beim Klarschiff-Machen alles über Bord zu werfen. Hier ist Hilfe und vor allem vertrauensvolles Miteinander von erfahrenen und jungen Genossen erforderlich. Es gilt, aufeinander zuzugehen und nicht Konfrontation aufzubauen.

Vieles ist in den vergangenen Wochen unter der Jugend und insbesondere unter den Studenten unserer Universität und darüber hinaus im ganzen Lande in Gang gekommen. In den letzten Tagen und Wochen führten unsere Studenten heftige Debatten zu einer wirkungsvollen studentischen Interessenvertretung. Vor allem die enge Anbindung an unsere Partei, die Reglementierung der Mitglieder durch Beschlüsse übergeordneter Leitungen, die Vernachlässigung der Interessenvertretung im Verband von unten nach oben, erneuerungsbedürftige Strukturen der Interessenvertretung gegenüber staatlichen Leitungen standen und stehen zur Diskussion. Dabei war immer wieder der Ausgangspunkt, daß die FDJ als Interessenvertreter der Jugend ihr Vertrauen verspielt und sich von der Jugend entfernt habe. Die tatsächliche Lage unter der Jugend haben wir nicht gründlich analysiert. In der Debatte sind gegenwärtig unterschiedlichste Standpunkte, sie betreffen sowohl Studentenvertretungen außerhalb und unabhängig von der FDJ als auch die Schaffung eines Studentenverbandes als Teil der Jugend unter dem Dach der FDJ. Dabei stehen wir einem ungeheuren Druck gegenüber, Tatsachen zu schaffen, die Vorschläge und Ideen häufen sich und finden sich als Standpunkte, offene Briefe usw. an Wandzeitungen, Schaukästen wieder. Allen ist gemeinsam: So wie bisher geht es nicht weiter. Jedoch ist zugleich zutreffend: Erneuerung heißt neue Qualität, deshalb sollten wir Vernunft und Besonnenheit, ohne Vorbehalte und Verfallen in alte Fehler, anstreben. Eine Entscheidung getroffen werden übergeordneten Leitungen zu

(Fortsetzung auf Seite 4)